54. Jahrgang. № 68. Donnerstag, 10. März 1910.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,40 M., durch auswärtige Kommissionäre 2,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe inbegriffen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäftl. Anzeigen auf der Privatseite (etwa 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Textseite die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

RAUM KUNST **Raumkunst** Dresden-A., Victoriastraße 5/7. : Groß-Import von orientalischen Teppichen. : Reichhaltigste Auswahl inländischer Teppiche. Mäßigste Preise.

Für den Umzug empfehlen sich zur **Instandsetzung** von **Beleuchtungs-Gegenständen** u. dergl. **Ebeling & Croener** Bankstrasse 11.

Zuverlässige, richtiggehende Uhren nur bewährte Fabrikate nur bewährte Fabrikate **Neueste Uhrketten, Ringe, Trauringe** empfiehlt **Aug. Reinhardt,** Seestrasse 9.

Lederwaren. Reise-Artikel. Weitgehendste Auswahl in **Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.** **Adolf Näter,** Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft **26 Prager Strasse 26.**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wärmer, nebelig.

Der Reichstag erledigte gestern den Etat für Kiautschou und das Ostasiatische Marinedetachement und begann dann die Beratung des Postetats.

In der Budgetkommission des Reichstages kam gestern die Mannesmann-Angelegenheit zur Sprache.

Das Urteil gegen den Grafen Pfeil lautet auf Freisprechung von allen Anklagepunkten und Einstellung des Verfahrens.

Die Aerzte erwarten das Ableben Dr. Lueggers jede Stunde.

Die bulgarische Regierungsmajorität beschloß, gegen die Mitglieder des letzten stambulowistischen Kabinetts die staatsgerichtliche Untersuchung einzuleiten.

Infolge der Unruhen an der Elfenbeinküste hat der französische Gouverneur dringend um Truppen ersucht.

Unser Marinekurs.

Als im vorigen Jahre der Marineetat im deutschen Reichstag zur Verhandlung stand, war der Himmel der großen Politik stark bewölkt. Das Kesseltreiben unserer Feinde hatte seinen Höhepunkt erreicht, und die Zukunft war in graues Kriegsgewölk gehüllt. Da entschloß sich der deutsche Reichstag zu einer wirkungsvollen Kundgebung: er genehmigte debattelos den gesamten Marineetat. Die Genossen suchten zwar hinterher die Wirkung durch allerhand Mätzchen abzuschwächen, das Ausland hatte aber den deutlichen Wink unseres Parlamentes verstanden. Es hatte wieder einmal einsehen müssen, daß in Stunden der Gefahr das deutsche Volk geschlossen hinter seinen Führern steht. Inzwischen hat sich das Kriegsgewölk verzogen, Gefahren von außen bestehen nicht mehr, wenigstens augenblicklich nicht, dafür haben wir ein innerpolitisches Durcheinander, in dem die Strömungen noch ziellos hinüber- und herüberfluten. Unter diesen Umständen ist es auch begreiflich, daß die Redetätigkeit unserer Volksvertreter bei der diesmaligen Beratung des Marineetats wahre Orgien feiert. Das Originelle bei diesem Vergleich zwischen der vorjährigen und der diesjährigen Beratung ist die Tatsache, daß die Abgeordneten beide Male ein und dieselben sind, nur der Geist, der sie beherrscht, ist ein anderer geworden.

Man wird ohne weiteres zugeben müssen, daß es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Volksvertreter ist, etwaige Mängel zu rügen und Abhilfe zu verlangen. Die Männer, die im Namen des Volkes die Millionen für unsere starke, schöne Flotte bewilligen, haben auch darauf zu sehen, daß diese Gelder zweckentsprechend verwendet werden. Stellen sich dabei Mängel heraus, so müssen sie darauf dringen, daß diese abgestellt werden. Nur dürfen solche im Reichstage zu machenden Ausstellungen nicht die Form von Nörgeleien annehmen, die schließlich weiter keinen Zweck haben, als Unzufriedenheit und Mißstimmung im Lande zu erwecken. Es kann nicht gerade behauptet werden, daß sich diesmal die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums, von den Sozialdemokraten gar nicht zu reden, von solchen Nörgeleien ferngehalten haben. Sehr eigenartig war vor allem ein Vorstoß des Zentrumsgrafen Oppersdorf, der bei den Polendebatten bereits unliebsam von sich reden machte. Der Polenfreund richtete seine Angriffe in erster Linie gegen die Firma Krupp, von der unsere Marine in der Hauptsache ihre Panzerplatten bezieht. Dem Staatssekretär Tirpitz war es ein leichtes, an der Hand seines aktenmäßigen Materials nachzuweisen, daß dem Reiche durch den Abschluß mit Krupp 12 Millionen erspart worden sind. Weder Thyssen, noch eine amerikanische Firma, an die sich die Marineverwaltung gewandt habe, hätten dem Reiche irgendwelche Vorteile geboten. Thyssen hätte einen Abschluß auf 10 Jahre verlangt für eine geringe Preisermäßigung, unter der Bedingung, daß er nach 1915 gleichgestellt würde mit seinen Konkurrenten. Sehr wirksam war auch die Entgegnung des freikonservativen Abgeordneten Freiherrn von Gamp, der Krupps unleugbare Verdienste um unsere Marine und unsere Armee in das rechte Licht rückte. Nun, die Firma Krupp ist im Zentrum nicht beliebt, und mit Recht konnte der nationalliberale Abgeordnete Dr. Semler fragen mit Bezug auf den Vorstoß des Grafen Oppersdorf: War das Thyssens Geschoß?

Die Rede des Zentrumsgrafen war aber auch noch auf einen andern Ton gestimmt. Er begann nämlich seine Ausführungen nach der allgemein üblich gewordenen Aufforderung zur Sparsamkeit mit dem Wunsche, unsere Diplomaten sollten dafür Sorge tragen, daß durch eine Verständigung dem Wettrüsten zur See ein Ende gemacht würde. Im Laufe der Debatte gab dann der Volkspartei[er] Leonhart die Erklärung ab, daß seine Partei die Frage des Abrüstens nicht beim Marineetat, sondern beim Etat des Reichskanzlers zur Sprache bringen würde. Wir werden also das Vergnügen haben, dieses Thema nochmals im Reichstag erörtert zu sehen. Es war selbstverständlich, daß der Sozialdemokrat Südekum die Gelegenheit wahrnahm, den Haß seiner Partei gegen unsere Flotte wiederum öffentlich zum Ausdruck zu bringen und die obligate Verbeugung vor England zu machen. Es ist nachgerade ein unwürdiger Zustand geworden, daß ein Teil unserer Volksvertreter sich so stellt, als glaube er wirklich, unsere Flotte diene aggressiven Zwecken. Eine selbstbewußte Großmacht, deren Handelsinteressen von Jahr zu Jahr zunehmen, ein kraftvolles Volk, das durch seine Vergangenheit tausendmal bewiesen hat, daß es nur notgedrungen zum Kriege schreitet, kann sich keine Fesseln anlegen lassen im Ausbau seiner militärischen Machtmittel. Mit dem Wachsen unserer wirtschaftlichen Macht müssen Heer und Flotte Schritt halten, wenn anders sie imstande sein wollen, diese großen wirtschaftlichen Güter wirksam zu schützen. Eine Regierung, die den Ausbau unserer Verteidigungsmittel vernachlässigen würde, würde ein unentschuldbares Verbrechen auf sich laden. Wenn darum immer und immer wieder verlangt wird, unsere Regierung solle sich mit England ins Einvernehmen setzen, um eine Einschränkung des Flottenbaues zu erzielen, so ist damit in Wirklichkeit dem Deutschen Reiche wenig gedient. Denn wenn in der Tat eine solche Verständigung erzielt würde, was würde die Folge sein? England wäre in der Lage, unseren Flottenbau genau zu kontrollieren, und, falls bei irgendeiner Gelegenheit eine kriegerische Entwicklung mit einer anderen Macht drohte, deren Flottenbau durch kein Abkommen begrenzt worden wäre, würden wir beizeiten den Kürzeren ziehen müssen. Es müßte also ein internationales Flottenabkommen getroffen werden, an dem sämtliche Mächte der Erde, auch die kleinen, beteiligt wären. Das ist aber ein Unding. Japan baut seine Flotte aus, bald wird auch China seine Marine haben, die südamerikanischen Republiken gründen moderne Flotten, auch die Türkei reorganisiert ihre Marine, Frankreich hat ein gewaltiges Flottenprogramm aufgestellt, in absehbarer Zeit wird auch eine neue russische Marine entstehen, kurzum, mit jedem Jahre verschieben sich die maritimen Machtverhältnisse, und das seebeherrschende Albion kann gar nicht daran denken, seine Flottenrüstungen einzuschränken, wenn anders es seine Machtstellung behaupten will. Nun, England denkt auch gar nicht daran, seine Rüstungen einzuschränken, und selbst wenn es aus Opportunitätsgründen sich zu einem Abkommen mit Deutschland bereit fände, so würden seine Kolonien, Kanada, Australien, Südafrika usw. ihm den Bau von Schlachtschiffen formell abnehmen, wie es ja jetzt schon der Fall ist.

Wir bauen unsere Flotte zum Schutze unserer Küste und unseres Handels. Diese Binsenwahrheit hat der Reichskanzler Herr von Bethmann-Hollweg den unklaren, friedensseligen Schwärmern mit dankenswerter Schärfe zur Antwort gegeben. In der kurzen, energischen Erklärung des leitenden Staatsmannes, die auch jenseits des Kanals ein bemerkenswertes Echo gefunden hat, ist alles enthalten, was das deutsche Volk in seiner großen nationalen Mehrheit empfindet. Niemand denkt an Krieg mit England, aber den Platz an der Sonne wollen wir uns nicht nehmen lassen. Unser Flottengesetz ist aller Welt bekannt, daran halten wir uns, und darüber werden wir uns auch keine Vorschriften machen lassen. Jawohl, wir wollen Frieden mit England, aber einen Frieden auf der Basis der Gleichberechtigung. Wir sind ein mündiges Volk geworden, das niemand ungestraft anzutasten wagen darf. Die Erklärung des Reichskanzlers hat selbst in der oppositionellen Presse Beifall gefunden. Zwar tut man dort so, als hätte der Kanzler mit der Betonung unserer Friedfertigkeit dem Volke eine große Neuigkeit verkündet. Der Kern dieser Erklärung liegt aber in dem Grundton des männlichen nationalen Selbstvertrauens. Sollte es Herrn von Bethmann-Hollweg gelingen, dieses starke Selbstbewußtsein auch in den anderen Fragen der auswärtigen Politik zum Ausdruck zu bringen, so würde ihm das deutsche Volk von Herzen dafür danken. Wir brauchen in der Tat eine Politik des Handelns, und nicht eine Politik der schönen Worte; das Volk muß wieder Vertrauen gewinnen zur Vertretung unserer auswärtigen Angelegenheiten. Man soll den Geist Bismarcks nicht dauernd zitieren, — andere Zeiten, andere Männer. Aber einen Hauch dieses unverfälschten, mutvollen germanischen Geistes brauchen wir in unserer Zeit der liebenswürdigen Schwachheit. Herr von Bethmann-Hollweg hat in der letzten Zeit wiederholt bewiesen, daß er den Mut hat, trotz allem Geschrei die Wege zu gehen, die er für richtig hält; er hat sogar den Mut gehabt, offen zu erklären, daß er das Reichstagswahlrecht nicht für die Krone der Schöpfung hält. Und das will in unserer Zeit viel sagen. Vielleicht, daß er auch in unsere auswärtige Politik wieder den Geist des Mutes und der Tatkraft hineinträgt, der unserem Reiche bitter not tut.

Neueste Drahtmeldungen

vom 9 März

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf der Tagesordnung steht der Etat für das Schutzgebiet **Kiautschou** und das **Ostasiatische Marinedetachement.** Die Kommission beantragt, abgesehen von geringfügigen Abstrichen, Kürzungen bei den Kolonialzulagen in den Besoldungsordnungen für die etatmäßigen und die nichtetatmäßigen Beamten im Schutzgebiete. Bezüglich der Wohnungsordnung beantragt sie unveränderte Genehmigung. Ferner schlägt sie zwei Resolutionen vor. Die eine ersucht den Reichskanzler, im nächsten Etat einheitliche Grundsätze für die Unterhaltung der Gebäude unter Berücksichtigung möglichster Sparsamkeit aufzustellen; die andere will künftig die Zahl der Sanitätsoffiziere vermindert und anderseits für Zivilärzte entsprechende Zuschüsse eingestellt wissen. — Abg. Erzberger (Zentr.): Dem Grundsatz: „Kaufleute vor die Front, Militär hinter die Front!" muß mehr Rechnung getragen werden. Unsere Kaufleute in Kiautschou haben weniger Rechte als deutsche Kaufleute in Schanghai. Wir brauchen mehr Selbstverwaltung in Kiautschou, mehr Zivilverwaltung. Wir haben in Kiautschou zu viel Beamte, ihre Zahl muß herabgesetzt werden. Auch die Ausstattung der Amtsgebäude ist zu kostspielig, so z. B. beim Gouvernementspalast. Zuzugeben ist, daß die Entwicklung von Kiautschou sonst eine gesunde ist. Namentlich haben wir dort eine so gesunde Justizpflege, wie in keiner anderen unserer Kolonien. Notwendig ist ein einheitliches Kolonialrecht. Zu dem Zwecke sollten Kolonialrechts-Professuren errichtet werden. Preußen sollte uns darin mehr entgegenkommen, es hat doch auch ein Interesse daran. Erwünscht wäre ferner eine Hypothekenbank für Ostasien. Eine dankenswerte Aufgabe für unsere Großindustrie sollte es sein, Gelder für Ausbreitung des deutschen Schulwesens zur Verfügung zu stellen. Unsere dortigen Ziele können wir nur erreichen, wenn wir Hand in Hand mit der Chinesenschaft arbeiten. — Staatssekretär v. Tirpitz: Die Chancen der wirtschaftlichen Entwicklung von Kiautschou sind in der Tat steigende. Die Ausfuhr hat auch im letzten Quartal des Vorjahres wieder zugenommen. Selbst skeptische Stimmen haben ihre Ansicht geändert: so erklärt der „Ostasiatische Lloyd", daß seit dem Ausbau des Hafens von Tsingtau sich die Handelschancen stark erhöht haben. Hervorragend groß ist das Quantum deutschen Eisenbahnmaterials, das jetzt schon über Tsingtau nach China hereingekommen ist. Ohne Tsingtaus Hafen wäre das gar nicht möglich gewesen. Das liegt im wesentlichen an der günstigen Lage des Hafens. Redner führt dann weitere Stimmen an für die Entwicklungschancen von Tsingtau resp. Kiautschou. Der Vorredner hat mehr Raum für den Kaufmann gefordert. Aber daß wir die wirtschaftliche Entwicklung Kiautschous fördern, soweit wir können, ist doch Tatsache. Vor der Selbstverwaltung ist doch zunächst die Selbsterhaltung nötig. Wenn angeregt wurde, einer der Herren aus dem Hause (Erzberger hatte den Abgeordneten Görcke genannt) möchte hinausfahren nach Kiautschou, so würden wir das sehr gern sehen. Die Bauüberschreitung beim Gouvernementspalast beträgt nur 7 Prozent. Der Hafen von Tsingtau hat nur 28 Millionen Mark gekostet. Das ist eine glänzende Leistung, so was gibt es in der ganzen Welt nicht. Ueberhaupt ist ja der Reichszuschuß für Kiautschou in den letzten Jahren andauernd zurückgegangen. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß wir dort von Jahr zu Jahr sparsamer geworden sind. Die Förderung des Schulwesens kann auch ich nur auf das wärmste befürworten. Die Industrie unterstützt uns jetzt bereitwillig; so haben wir durch ihre Vermittlung eine Mustersammlung beschaffen können, so daß die Chinesen wenigstens wissen, was für Waren sie aus Deutschland beziehen können. — Abg. Dr. Paasche (natl.): Wir erkennen an, was die Marineverwaltung dort geleistet hat. Wenn wir Kritik üben, so tun wir es nur, weil wir wollen, daß die Verwaltung andauernd nach verständigen Grundsätzen erfolge. In Kiautschou ist von Anfang an nach einem

Trinkt Pfunds Milch!